



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 13.08.2008

AN/1592/2008

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	28.08.2008

Gegen Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln lehnt Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzungen ab. Er verurteilt deshalb die Sachbeschädigungen am Büro der Fraktion pro Köln in der Nacht vom 12. auf den 13. August 2008. Zudem fordert der Rat die Teilnehmer der gegen den Anti-Islamisierungskongreß der Bürgerbewegung pro Köln am 19. und 20. September 2008 gerichteten Demonstrationen dazu auf, keine Straftaten zu begehen. Insbesondere werden die Versammlungsteilnehmer aufgefordert, auf Gewalttaten gegen Personen oder Sachen und auf Sitzblockaden zu verzichten und das Vermummungsverbot einzuhalten.

Begründung:

In der Nacht vom 12. auf den 13. August 2008 wurden zwei Fensterscheiben des Büros der Fraktion pro Köln mit Pflastersteinen eingeworfen. Das Gebäude Markmannsgasse 7 wurde zudem großflächig mit Farbe beschmiert. Der Zusammenhang dieser Sachbeschädigungen mit dem Anti-Islamisierungskongreß der Bürgerbewegung pro Köln am 19./20. September 2008 ist offensichtlich.

Kölner Kommunalpolitiker haben mit Bezug auf diese Veranstaltung öffentlich dazu aufgerufen, Recht und Gesetz zu beugen. Mehrere Kölner Bezirksvertretungen haben Resolutionen verabschiedet, in denen der Oberbürgermeister und der Polizeipräsident dazu

aufgefordert werden, für pro Köln die Versammlungsfreiheit auszuhebeln. Das Ratsmitglied Jochen Ott warnte kürzlich im Zusammenhang mit dem Anti-Islamisierungskongreß „vor einem zu formellen Umgang mit dem Grundgesetz“. Er forderte kaum verhohlen dazu auf, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland auszuhebeln, um seinen politischen Mitbewerbern von pro Köln die Versammlungsfreiheit streitig zu machen. Otts Weltbild ist offensichtlich mit den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar.

Wer sodann bei der Fraktion pro Köln die Fensterscheiben mit Pflastersteinen einwirft, glaubt offenbar, den demokratiefeindlichen Willen der Mehrheitsströmungen in der Kölner Kommunalpolitik in die revolutionäre Tat umzusetzen. Dem Rat ist mit der obenstehenden Resolution die Gelegenheit gegeben, solchen Annahmen entgegen zu treten.

gez. Rouhs